

Im Falle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post monatlich 8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk. einj. h. Zustellungsgebühr. Bezahlungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. In sämtlichen Zeitungsverzeichnissen unter Angabe der Zeitung eingetragene. Für unvollständig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion. Druckerei der Reichspostverwaltung Nr. 1140, der Einzelhefte Nr. 1103 u. 1133. Der Bezugs-Abzug Nr. 1133.

# Landes-Zeitung

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Nr. 204.

Halle, Dienstag, den 3. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Die Entscheidung auf heute vertagt.

Brind gibt den Mobilmachungsbefehl / Auch Oberschlesien soll besetzt werden / Die Vereinigten Staaten haben das Wort Eine neue Note an Harding.

### Hinter den Kulissen in London.

Berlin, 3. Mai. Aus Paris über Genf wird uns durch unseren Mitarbeiter gemeldet:

Was hat sich auf der Londoner Konferenz in den ersten drei Tagen wirklich ereignet? Die deutsche Öffentlichkeit ist wieder auf die gefärbten Nachrichten der alliierten Presse-Maschinerie angewiesen, und auch die wenigen deutschen Korrespondenten im Ausland sind gezwungen, aus dieser trüben Quelle zu schöpfen. Ihre Aufgabe besteht nun darin, nicht nur aus der einen Sprache in die andere, sondern auch von dem Standpunkt der „Sieger“ in den des Besiegten in zu übersetzen. Wenn z. B. das Haavasa-Büro bemerkt, Brinds Sprache ist so klar, daß er nahe daran ist, im Namen Frankreichs sich keine vollständige Handlungsfreiheit wiederzunehmen, so heißt das nichts anderes als die Entente ist im Gefahr, engültig in die Brüche zu gehen. So sah es tatsächlich auch am ersten Abend aus. Brind hatte die sofortige Beilegung des Ruhrgebietes durch französische Truppen verlangt. Lloyd George erklärte, er habe seinen Kollegen im britischen Kabinett verprochen, den Einmarsch ins Ruhrgebiet ohne vorheriges Ultimatum an Deutschland nicht zu dulden. Er dachte dabei an eine dreitägige Beratung der alliierten Sachverständigen und an ein dreitägiges Ultimatum. Darob großes Halloh bei den Franzosen. Brind droht mit Abreise und Rücktritt. Beständig ging der Streit darüber, ob man über die Sanktionspolitik berate oder ob man wieder auf dem Boden des Verlaßter Vertrages stehe und von der Ausführung der Reparationskommission ausgehe: 132 Millionen. Lloyd George wandte grimmig ein, es liege ja noch keine Zahlungsmodalität vor. Erst wenn diese genannt sei und Deutschland sich fräube, könne man vorgehen. Ergebnis der ersten Beratung: null. Am Abend hatten sich die Gemüter abgekühlt. Man stellte die Kräfte in den Beratungen vorzüglich des belgischen Ministers Japart. Ein achtstägiges Ultimatum, Frankreich dürfe aber sofort mobilisieren, um nach Ablauf der Frist sofort einrücken zu können. Auch eine Art Blockade deutscher Schiffahrt wurde von Japart vorgelegt. Lloyd George schauzte. Die ganze Sache gehe nicht. Denn im Versailles Vertrag stehe nichts von militärischen Sanktionen. Jetzt war Brind seine Trumpfkarte der vermeintlichen deutschen Abfertigung aus. Die Sanktionen seien schon dadurch gerechtfertigt, daß Deutschland nicht vollständig entwarf. Lloyd George nahm hier die Berliner Regierung in Schutz. Man könne diese nicht für den bayerischen Widerstand verantwortlich machen, und die Orgel sei nicht die Geschicht, die die Franzosen daraus machen. Wieder großer Streit, der zugunsten des englischen Standpunktes ausgegangen wäre, wenn nicht — und das ist vielleicht die bedauerlichste Erscheinung der Londoner Konferenz — Graf Storz, der sich anfangs anscheinend den Lloyd George'schen Ultimatum bedenklich angeschlossen hatte, plötzlich wieder an die Seite getreten wäre. Japart, so führt Graf Storz aus, habe das größte Interesse an der Entlassung Bayerns. Hier trat die jüngsten Ereignisse in Aitol gemahnt. Die Iral der Umjohung ein! Die Außenminister der Alliierten mußten sich unter dem Vorhitz Lord Curzons zusammenziehen, um die Japart'schen Vorschläge zu bearbeiten. Man regierte hin und her. Es kam zu keiner Einigung. Am Sonntagabend konfertierte Lloyd George noch einmal mit Brind und Bertelot, und herauskam auf dem Papier statt des Ultimatus eine Art Memorandum an Deutschland, die man als Note nach Berlin schicken will. Brind, obwohl er an dem Entwurf mitgewirkt hat, protestiert und verlangt Ausführung seines Programms, das er, offenbar um sich selber Mut zu machen, jeden Morgen, ehe er zur Konferenz fährt, den Vertretern der Presse als Zeitungslutter vorlesen läßt. Das Programm ist natürlich das schärfste, was sich ausdenken läßt: Sofortige Mobilisation, Einmarsch beim geringsten Anzeichen, daß Deutschland nicht sofort zahl und sofort entwarf (was ja ganz unmöglich ist)! Also Einmarsch auf jeden Fall. Unter den deutschen Vorschlägen, wenn solche noch zur Ergänzung der bisherigen kommen sollten, müßte sich befinden die uneingeschränkte Annahme der Forderungen von 132 Milliarden und der (noch gar nicht genannten) Zahlungsmodalitäten. Außerdem müsse Deutschland noch einmal ausdrücklich seine Kriegsverantwortlichkeit anerkennen. Die Absicht Brinds ist, dieses sein Programm auf irgend eine Weise in das endgültige Ultimatum einzuarbeiten, und er drängt auf Eile, weil er fürchtet, daß Amerika zuguteleht noch in die Verhandlungen der Londoner Konferenz eingreift. Die Annahme der Friedensentscheidung Knox im amerikanischen Senat kam der französischen Delegation in London zu rath, und gerade penliches Befremden hat bei den Franzosen aus Paris die Washingtoner Meldung erzeugt, daß ein Vertrag mit Deutschland in nächster Aussicht stehe und daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre permitierende Tätigkeit auch dann nicht aufgeben werde, wenn der Einmarsch ins Ruhrgebiet Taktische werde. Der Widerstand gegen die überhandnehmenden französischen Ansprüche, den Lloyd George infolge des bedauerlichen Eingreifens des

Grafen Storza leider schon nicht mehr leistet, wird jetzt ersetzt durch einen bevorstehenden amerikanischen Schritt. Auf diesem Punkt äußerster Spannung steht zurzeit die Konferenz in London. Jede Stunde kann eine für Deutschland günstige, vielleicht schließlich doch die Ruhrgebietsbelegung verhinndernde Wendung bringen.

### Die Verhandlungen am Montag.

Hinsichtlich des Verlaufs der beiden Nachmittags-Sitzungen der Sachverständigen und des Obersten Rates ist man auf die gefärbten Nachrichten von Havas angewiesen, die natürlich nicht als einwandfrei betrachtet werden können. Diese Nachrichten stellen im allgemeinen die Lage so dar, als ob Brind in der Konferenz an Boden gewonnen habe. Doch aber tatsächlich eine Einigung noch nicht erfolgt ist, ergibt sich daraus, daß die Sitzung des Obersten Rates um 9 Uhr abens abgebrochen und auf heute, Dienstag, vormittag 10 Uhr vertagt worden ist.

Wie die Sonderberichterstattung feststellen, soll Lloyd George durch die von Brind am Schluß der gestrigen Abend-Sitzung gestellte Frage wegen des französischen Mobilisationsbefehls etwas überrascht gewesen sein. Brind habe aber geantwortet: Entweder ich werde mich mit Ihnen einigen und in diesem Fall wird mobilisiert, oder ich werde mich nicht mit Ihnen verständigen und in diesem Falle wird trotzdem mobilisiert. Es ist aber unmöglich, die Sache noch weiter hinauszuverschieben.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Mai sind telegraphische Instruktionen wegen der Mobilisierung nach Paris gegeben haben.

### Die Bereitstellung der Einmarschstruppen

die für damit eingeleitet sein. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt aus London, daß von seiten der militärischen Sachverständigen für die Besetzung des Ruhrgebietes zwei Pläne vorgelegt wurden. Der eine, der von dem belgischen Generalstabeschef stammt, fordert 30 000 Mann, das es nur nötig sein würde, die Eisenbahnen, die Bergwerke und die Fabriken zu besetzen. Der zweite Plan, der von dem französischen Generalstabeschef stammt, fordert dagegen zusammen 77 000 Mann, von welchen Frankreich selbst 65 000, Belgien 8 000 und England vielleicht 4 000 Mann zu stellen habe. Der französische Plan wurde angenommen, so daß auch England an der Besetzung teilnehmen wird. Wie der „E.M.Z.“ meldet, werden in Düsseldorf für die Truppen, die ins Ruhrgebiet marschieren sollen, Wegweiser angebracht. Auch wurden hier bereits mehrere hundert Wohnungen für auf dem Durchmarsch befindliche französische Offiziere mit Beschlag belegt. Ferner erhielt die Stadt Düsseldorf den Befehl, für die französischen Besatzungstruppen sofort den Bau einer neuen Kaserne in Angriff zu nehmen.

### Die Besetzung Oberschlesiens

scheint von den Franzosen ebenfalls in den Bereich der Möglichkeiten gezogen zu sein. Wie eine Berliner Korrespondenz aus angeblich zuverlässiger Prager Quelle hört, hat General Weggand in Prag und Belgrad wichtige Befehrsungen mit den Generalstäben der polnischen, tschechischen, jugoslawischen und rumänischen Armeen gehabt, die zur Festlegung eines Planes für den Fall, daß Polen und Tschechien sich aktiv an den Strafmaßnahmen gegen Deutschland beteiligen könnten. Man einigte sich über ein aktives Eingreifen und Zusammenwirken der Polen und Tschechen und über ein militärisch passives Verhalten der Rumänen und Jugoslawen. In Prag wurden dann die Einzelheiten des polnisch-tschechischen Zusammenwirkens berart geregelt, daß beide Teile zunächst nur Oberflächlich besetzt sollen, und zwar die Tschechen Glatz und Waldenburg, die Polen das Industriegebiet und die Kreise Rabnit und Wetz, die Franzosen dagegen das übrige Oberschlesien. Weitere Strafmaßnahmen betreffen einen Vormarsch bis zur Einie Wlisch-Dels-Dobru-Straßen-Schneidnitz-Friedberg-Froschberg-Greifenberg-Seidenberg. Weitere Abmachungen wurden getroffen für den Fall, daß die Deutschen der Besetzung Oberschlesiens Widerstand entgegenstellen sollten.

### Das Eingreifen Amerikas

ist immer noch nicht ganz sicher. Wie der „Matin“ aus London meldet, haben die Vorkämpfer Frankreichs und Englands in Washington mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten sehr klar die Ansicht ausgesprochen haben, es wäre besser, nicht zu militärischen Zwangsmassnahmen gegen Deutschland zu greifen. Brind werde vorgezogen, die Alliierten mögen den Vereinigten Staaten eine Note senden, um anzudeuten, die Entscheidungen des Obersten Rates mitteilen und die Erfüllung auszusprechen, daß Amerika baldigst, nachdem der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hergestellt ist, an den Beratungen der Reparationskommission und des Obersten Rates teilzunehmen bereit sein werde. Lord d'Albarn habe gestern Abend gesagt: Nunmehr haben die Vereinigten Staaten das Wort. Durch sie kann Deutschland verpflichtet werden, sich zu fügen.

Die 8 gelbten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtlichen Anzeigenbüros. Erscheinungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10. Dr. Grawandt, 17. Reben- u. Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Rente Leipzig Nr. 4604.

Die Entscheidung des nordamerikanischen Senats über den Friedensschluß mit Deutschland hat in Paris einen harten Eindruck gemacht. Das „Journal des Debats“ weist in einem ausführlichen Artikel besonders auf die Rede des Senators Lodge hin, woraus hervorgeht, daß man sich in Frankreich bisher falsche Illusionen über die neueste politische Richtung der Vereinigten Staaten gemacht habe. Die Rede lasse erkennen, daß die republikanische Partei in ihrer großen Mehrheit nichts von dem Versailles Vertrag wissen wolle, auch wenn die Verfassung des Völkerbundes von ihm abgetrennt würde.

Nach Feststellung des Friedenszustandes mit Deutschland werden die amerikanischen Truppen von Rhein zurückgezogen. „New York Herald“, der dem „Manchester Guardian“ zufolge jetzt auf Senatsrat die Regierung Brinds wegen ihrer Haltung in der Reparationsfrage und schreibt: Eine Nation, die weder verhandelt noch sich der anderen Partei bei deren Verjahren zu einer Vermittlung anschließen will, fällt nicht unter das Begriffsbereich der Amerikaner. „Manchester Guardian“ schreibt zu dieser Auslassung des amerikanischen Blattes nur, diejenigen, die mit dem allgemeinen Ton der amerikanischen Presse seit dem Amtsantritt der neuen Regierung vertraut seien, könnten die Bedeutung einer solchen Ermahnung richtig einschätzen.

### Die deutsche Regierung

soll, wie der „E.M.Z.“ hört, am Sonnabend eine erläuternde Auslegung der deutschen Vorschläge nach Washington angefordert haben, die sich mit der Höhe der angebotenen Summe, den Annuitäten und der Art der Distorsionierung befaßt. „Times“ melden aus New York vom 2. Mai:

### Eine neue deutsche Note

ist heute morgen in Washington eingetroffen und ist Staatssekretär Hughes es nach dem Weihen Hause vorgebracht worden, um darüber mit dem Präsidenten zu beraten. Ueber die Einzelheiten der Note ist noch nichts bekannt, es verlautet aber, daß sie eine Annäherung an die Forderungen der Alliierten darstelle.

Einer Erhängemeldung aus Washington zufolge wird dort bestätigt, daß der Staatssekretär dem französischen Botschafter Jusserand mitgeteilt habe, daß sich die Vereinigten Staaten Maßnahmen widersetzen würden, die zur Vernichtung Deutschlands führen würden.

Wie die „B.Z.“ erzählt, ist der Inhaber der Berliner Kohlenhandlung Casar Wolkeim, Gesch. Kommerzienrat Eduard Arnholtz, nach London berufen worden. Der Zweck der Anwesenheit Geheimrat Arnholds in London soll den Vätern zufolge darin bestehen, den deutschen Botschafter in seinen Darlegungen über die Unteilbarkeit Oberschlesiens zu unterstützen.

„Daily Chronicle“ läßt sich aus Berlin melden: Es besteht Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung unter dem Einfluß der deutschen Industrieagenten, die über die geplanten Zwangsmassnahmen sehr tief, einem Ultimatum der Alliierten entgegensteht. Die Nachricht dürfte in dieser Form kaum zutreffen, denn gerade in den Kreisen der deutschen Großindustrie ist der Wunsch am meisten durchdrungen besonders deutlich ausgesprochen worden

### Erste Lage in Oberschlesien.

Die Streiklage im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet hat sich bis in die Abendstunden hinein verschärft. Von 62 Gruben streiken 55. Nachmittags traten auch die Arbeiter der Gußhütte auf der Schlesiens Grube in den Streik. Auf den übrigen Hütten wird gearbeitet. Es macht sich immer mehr bemerkbar, daß der Streik durch die beunruhigenden Nachrichten der „Berliner Zeitung“ verstärkt ist. Die zu den ersten Schichten erschienenen Arbeiter wurden unter Hinweis auf diese Nachrichten zum Streik aufgefordert und Arbeitsmüdigkeit von der Arbeit ferngehalten. In Karl und Sobel wurden die Eisenbahnbeamten aus den Büros verjagt. Die Karser Beamten künftigen in die Nacharbeit Beuthen. Ua wurde beauftragt, die Bahnhöfe zu besetzen, jedoch in den Nachmittagsstunden der regelmäßige Zugverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Im gesamten Gebiet beobachtet man hier und da Ansammlungen größeren Umfangs, doch ist es bisher nicht zu Ausschreitungen gekommen.

Da man auch in den Kreisen der interalliierten Kommission annimmt, daß es sich um einen politischen Streik handelt, der durch die bekannt gemordene angebliche Entscheidung über eine Teilung Oberschlesiens veranlaßt ist, werden die Angelegenheiten stattdessen, o r o t e n. U daß den Polen die Möglichkeit genommen ist, die für den Einmartsungstag an die polnische Konstitution vorgesehenen Freizug mit Ungehör zu veranlassen. Auf Veranlassung der interalliierten Kommission wurde in der Druckerei der Grenzzeitung und auf den Postämtern die Ausgabe des „Gonic

Stonk", der einen Artikel mit einer Beschildigung der deutschen Industrieellen veröffentlicht, beschuldigt.  
Auf der Konferenz in Grube erklärten die Arbeiter dem französischen Kreisinspektor auf dessen Frage nach ihren Forderungen, sie würden solange im Zustand bleiben, bis 1. der Artikel der Grenzzeitung widerrufen sei (gemeint ist wohl die Kadrotz der Grenzzeitung über den angeleglichen Vorstoß der interalliierten Kommission an den Obersten Rat über die Zeitung Oberbleichens), 2. die entlassenen Arbeiter auf der Gleiwitz-Grube wieder eingestellt seien, 3. Direktor Wienader aus der Gleiwitz-Grube entlassen sei.

Die interalliierte Kommission gibt amtlich bekannt: Welt einige Zeitungen berichten, daß die interalliierten Mächte ihre Entscheidung wegen der in Folge der Abkündigung in Oberschlesien zu stehenden Grenze bereits getroffen hätten, laßt die interalliierte Kommission mit, daß diese Nachricht jeder Grundlage entbehrt.  
Die interalliierte Kommission hat ein Verbot erlassen für den gesamten ober-schlesischen Industriegebiet erlassen. Sie will, wenn die Lage es erfordert, den Belagerungszustand über den Industriegebiet verhängen.

Die ober-schlesischen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Sächsisch-Deutschen Gewerkschaftsvereine und der christlichen Gewerkschaften haben folgendes Telegramm an das Generalsekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und an den Präsidenten des internationalen Gewerkschaftsbundes in Thonmas, abgeleitet:

Am 2. Mai haben polnische Agenten einen Streik in Oberschlesien verursacht, um zweifellos dem Obersten Rat in London und der ganzen Welt glauben zu machen, daß eine Volkserhebung für den Angriff Oberschlesiens an Polen entstanden sei. Dieser Streik ist gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter unter Vorbehalt unwissenschaftlicher wirtschafflicher Forderungen und nur unter Anwendung von brutaler Gewalt möglich gewesen. Falls dieser Lausungsversuch Erfolg haben sollte, ist zu befürchten, daß die deutsche Industrie Arbeiterschaft allen unseren Ermahnungen zum Trotz sich nicht länger durch eine Minderheit terrorisieren lassen wird und dadurch die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen Deutschlands nicht erspart bleiben können. Alle Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Sächsisch-Deutschen Gewerkschaftsvereine und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christliche Gewerkschaften) bitten dringend, diese Nachforschungen möglichen Stellen möglich zu übermitteln und nichts zu unterlassen, um das polnische Lausungsmanöver zu vereiteln. Unserer Ansicht, gemeinsam mit dem Polen eine gütliche Klärung dieses wider den Streiks herbeizuführen, ist bisher nicht von Erfolg gewesen. (Unterschriften.)

### Die Schuld am Kriege.

In der Vorrede, daß nur eine planmäßige jahrelange dauernde Aufrüstung imstande sein wird, die Vorgabe von der Weltanschauung Deutschlands am Kriege zu verhindern und damit die Grundlage des Versailles-Vertrages zu erschüttern, hat die Deutsche demokratische Partei befanntlich einen Ausschuss eingesetzt, der die Schuldfragen klären soll. Der Ausschuss hat seine Arbeiten bereits begonnen, die von ihm abgeleiteten Kurze sind überall stark beachtet worden. Denselben Beifall fanden die vier Vorträge, die in Nürnberg abgehalten worden sind und die durchweg von über 400 Personen besucht wurden.

### Eine brasilianische Hilfsaktion für die notleidende deutsche Wissenschaft.

Die deutschen Zeitungen in Brasilien veröffentlichten den Auftrag einer Kommission von hervorragenden Brasilianern, die eine Sitzung zu dem Zwecke ins Leben gerufen haben, in Brasilien Mittel zu sammeln, um der jetzigen Not der deutschen Wissenschaft zu helfen. Der Aufsatz hat folgenden Wortlaut: "Die bedrückte Lage der Experimental-Wissenschaften in Deutschland und Österreich, der absolute Mangel an Hilfsmitteln, mit denen die großen Gelehrten dieser Länder bei ihren Forschungen zu kämpfen haben, das Elend, das in wissenschaftlichen Kreisen herrscht, ist eine der eindringlichsten Folgen des Unglücks der Mittelmächte. Angesichts der internationalen Bedeutung der wissenschaftlichen Probleme, von deren Lösung die ganze Menschheit Nutzen hat, ist nicht ratsamer als eine Bewegung zur Unterstützung dieser wertvollen Unterhaltungsbeilage der 'Salle-Beilage'."

### Die neugierige Prinzessin.

Von dem Ungarischen von  
Hofrat Schmitz.

Eines Tages nach dem Mahle saß Prinz Aladar bezaubert in seinem Saule. Er rauchte und hörte seiner jungen Gemahlin zu, welche wieder einmal in wenig feineren Worten darüber fragte, daß die Männer rauchen und daß nicht rauchen können, warum sie es tun. Der Prinz dachte sich, er müsse schon wegen des Respekts vor seiner Prinzengemahlin etwas wissen als ein gewöhnlicher Ehemann, und darum legte er sich auf die Seite, um zu erfahren, warum die Männer eigentlich rauchen. Sein Freund begleitete ihn ein Stück vor das Schloß, und als es um Aufbruchzeit war, redete sich der Prinz eine Zigarre an.

"Das ist sehr schön, daß du rauchst, lieber Freund," meinte der Prinz, "da kann ich ja gleich bei dir beginnen. Sage mir, warum rauchst du?"  
"Ja, gibt es denn etwas Besseres," antwortete der Freund, "als nach Zich zu rauchen? Hat mein Vater sogar gesagt, es befördere die Verdauung."

"Also schon, wegen der Verdauung," dachte der Prinz, er schied sich von dem Freunde und ritt weiter. Nach einigen Stunden sah er auf der Landstraße einen alten Mann, er auf einer Geige spielte und dabei aus seinem kurzen fleischigen Schmauch. Der Prinz hielt an, besah den Mann und fragte: "Sag doch, Alter, warum rauchst du?"  
"Entschuldigung, mein Herr, ich habe heute gar nichts gegessen, und wenn ich rauche, dann spüre ich den Hunger weniger." - "Nur diese Lust hat der Prinz sehr erkannt, denn sie stand in vollkommenem Widerspruch zu der Mitteilung seines Freundes. Dieser rauchte, um besser zu verdauen, der Bettler wieder, um den Hunger zu stillen.

Wegen Abend trat der Prinz in dem Hofe ein, wo sein wachsende Diener das Nachtquartier für den Prinzen bereit hatte. Er trat, einen ja hohen Maß beherbergen zu können, erwartete der Wirt den Prinzen selbst vor dem Torweg; dort ging er rauchend auf und ab. Als der Prinz in Sicht kam, warf der Wirt die Zigarre fort und eilte herbei. Der Prinz nickte noch nicht wortlos vorüber, daß mit der Einfaltung des Zimmes gereinigt werden kann. Die finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalten hat sich inzwischen weiter verschlechtert, sie sind gezwungen, die notwendigen Maßnahmen für die Versicherung erheblich einzuschränken. Insbesondere wird die Landesversicherungsanstalt Berlin wegen Mangels an Mitteln gezwungen sein, die großen Arbeiterheilstätten in Berlin ganz oder zum erheblichen Teil zu schließen. Der demokratische Abg. Dr. Badmide hat eine kleine Anfrage an den Reichsanwalt gerichtet und angefragt, was er zu tun gedenkt, um diese, die Interessen der Versicherung schwer bedrohenden Maßnahmen zu verhindern. Weiter fragt Badmide an, ob der Reichsanwalt, falls die Verabreichung der Verträge nicht bis zum 1. Juli erfolgen kann, ein Vorgesetz vorzulegen kann, Inhalts dessen die Versicherungsanstalten ermächtigt werden, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde für die Durchführung des vorübergehenden

Wissenschaft, oder aus Mangel an Mitteln dahinstirbt. Eine Kommission, die sich zu diesem Zweck gebildet hat, wird die Gaben sammeln, die an die Laboratorien und wissenschaftlichen Institute in Deutschland und Österreich geschickt werden sollen. Die Gesamtsammlung der Gaben wird an die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in Berlin übergeben, die die Verteilung vorzunehmen wird. Der Stiftung wird der Name des Dr. Otto Grotowski verliehen werden, weil diese gewissermaßen die Basis der deutschen Wissenschaft bildete und den ersten Krugzug gaben der nachfolgenden Wissenschaft eingeleitet hat. Dieser Aufsatz wird in den beteiligten deutschen Gelehrtenkreisen gewiß mit herzlicher Dankbarkeit begrüßt werden.

### Die Akademie der Arbeit.

In Gegenwart des preussischen Kultusministers Bede und einer großen Zahl geladener Gäste wurde heute vormittag in den Räumen der Universität Frankfurt a. M. die Akademie der Arbeit mit über 100 Teilnehmern eröffnet. Der Kultusminister betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß er heute seine erste Amtshandlung vornehme und daß die neue Staatsregierung gewillt sei, den Kurs der bisherigen Regierung in jeder Beziehung weiter zu führen. Die Akademie solle dem geistigen Verkehr zwischen Arbeit und einer Krönung aller Volkswirtschaftlichen Bestrebungen dienen. Die Gründungsrede hielt der Leiter der Akademie Dr. Rosenfeld, und zwar über die Wechselbeziehung zwischen Arbeiterschaft und akademischer Arbeit.

### Theorie und Praxis bei den Rechtsparteien.

Unter der schönen Epithete "Verrat am Bürgerum" pflegen sich demagogische und volksparteiliche Zeitungen darüber zu erhitzen, daß die Demokraten nicht mit den Parteien der Rechten zusammen einen großen bürgerlichen Block gegen die Sozialdemokratie in den Kommunal- und Provinzialverwaltungungen bilden wollen. Wie die Parteien der Rechten aber handeln, wenn die bürgerliche Einheitsfront in die Praxis umgesetzt werden soll, zeigt ein kleiner Vorfall im Verwaltungsbezirk III Berlin. Dort hatten die sozialistischen Parteien sämtliche besetzten Stadträte aus ihren Reihen gewählt, doch wurde ihnen - abgesehen von dem ersten Bürgermeister, dem langjährigen Berliner Stadtverordneten und Stadtrat Leib - die Bestätigung verweigert, weil der Oberpräsident neben Politikern einen erfahrenen Verwaltungsspezialisten für unbedingt notwendig hielt. Für die Neuwahl wurde von demokratischer Seite der als Stadtmann sehr bekannte Magistratsrat Dr. Rieg vorgeschlagen, der Vorschlag wurde von den Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gutgeheißen. Im Plenum aber kam es anders. Die sog. "bürgerliche Fraktion" konnte zwar nicht gegen die hervorragende sachliche Tätigkeit des Dr. Rieg ermuntern, aber er war Demokrat. Entgegen ihrer Partei im Wahlkampf, für Stadtmittel gegen Parteiwirtschaftlichkeit" verließ sie den Saal. Dr. Rieg wurde also ohne ihre Stimmen zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

### Deutsches Reich.

Die Notlage der Landesversicherungsanstalten. Am 18. 12. 1920 hatte der Reichstag die Regierung um einen Gesetzentwurf ersucht, durch den der Notlage der Landesversicherungsanstalten abgeholfen wird; das Gesetz sollte spätestens am 1. Juli in Kraft treten können. Dem Vernehmen nach ist die Vorarbeit noch nicht soweit vorgeschritten, daß mit der Einfaltung des Zimmes gereinigt werden kann. Die finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalten hat sich inzwischen weiter verschlechtert, sie sind gezwungen, die notwendigen Maßnahmen für die Versicherung erheblich einzuschränken. Insbesondere wird die Landesversicherungsanstalt Berlin wegen Mangels an Mitteln gezwungen sein, die großen Arbeiterheilstätten in Berlin ganz oder zum erheblichen Teil zu schließen. Der demokratische Abg. Dr. Badmide hat eine kleine Anfrage an den Reichsanwalt gerichtet und angefragt, was er zu tun gedenkt, um diese, die Interessen der Versicherung schwer bedrohenden Maßnahmen zu verhindern. Weiter fragt Badmide an, ob der Reichsanwalt, falls die Verabreichung der Verträge nicht bis zum 1. Juli erfolgen kann, ein Vorgesetz vorzulegen kann, Inhalts dessen die Versicherungsanstalten ermächtigt werden, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde für die Durchführung des vorübergehenden

können, erwartete der Wirt den Prinzen selbst vor dem Torweg; dort ging er rauchend auf und ab. Als der Prinz in Sicht kam, warf der Wirt die Zigarre fort und eilte herbei. Der Prinz nickte noch nicht wortlos vorüber, daß mit der Einfaltung des Zimmes gereinigt werden kann. Die finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalten hat sich inzwischen weiter verschlechtert, sie sind gezwungen, die notwendigen Maßnahmen für die Versicherung erheblich einzuschränken. Insbesondere wird die Landesversicherungsanstalt Berlin wegen Mangels an Mitteln gezwungen sein, die großen Arbeiterheilstätten in Berlin ganz oder zum erheblichen Teil zu schließen. Der demokratische Abg. Dr. Badmide hat eine kleine Anfrage an den Reichsanwalt gerichtet und angefragt, was er zu tun gedenkt, um diese, die Interessen der Versicherung schwer bedrohenden Maßnahmen zu verhindern. Weiter fragt Badmide an, ob der Reichsanwalt, falls die Verabreichung der Verträge nicht bis zum 1. Juli erfolgen kann, ein Vorgesetz vorzulegen kann, Inhalts dessen die Versicherungsanstalten ermächtigt werden, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde für die Durchführung des vorübergehenden

"Dabei denke ich mir sonst wenig," antwortete der Pfaffe. "Da du mich aber fragst, nun, das Rauchen dient mir zur Verabreichung; ich schlafe dann besser."  
"Da kann ich ja morgen früh ruhig wieder nach Hause reiten," dachte der Prinz. "Wenn der Eine raucht, um besser zu verdauen, der Andere, um den Hunger nicht zu stillen, der Dritte, um den Hunger zu stillen, und der Vierte, um den Schlaf zu verlieren, dann ist das Rauchen eben nicht zu erklären. Meine Gemahlin wird sich zwar über mich lustig machen, aber ich habe getan, was ich tun konnte."  
Hiemlich verlegen betrat er am nächsten Tage das Gemach seiner Gemahlin. Sie lag ruhig an seinen Füßen und mochte ihn küssen. Doch der Prinz trat erstaunt einen Schritt zurück. "Ich fühle gar, du hast geruchst!" forschte er.  
"Ja," gab die Prinzessin sehr verlegen zu. "Meine Gemahlin hat dir das so groß, und um sie zu stillen, um nur irgend etwas zu tun, das mich ablenkt, ließ ich mir eine Zigarette geben."

### Die Zukunft des Apollontheaters.

Die sich widersprechenden Meldungen über das Schicksal des hallischen Apollontheaters beruhen auf Differenzen zwischen dem ehemaligen Wächter des Theaters, Herrn Poller, und dem Besitzer des Theaters, den Anhaltischen Hoftheaterwerken. Der Pachtvertrag zwischen den Anhaltischen Hoftheaterwerken und Herrn Direktor Poller lief am 30. April

Rechtsvertrags des Zuschläge zu den gegenwärtigen Beiträgen zu erhöhen.  
Augusteure und Sanktionen. Eine Eintrabe des deutschen Reichsbundes weist darauf hin, daß die Ausfuhrwaren von der russischen Seite fast jeden, daß die Exportierung aber in dem Ausmaß sich vermindert, in dem die sogenannten "Sanktionen" in Kraft treten, weil von der russischen Seite die Abgabe von jedem vollen Stück derjenigen Waren getrieben werden, die als "entbehrlich" betrachtet werden. Der Reichsbund empfiehlt eine Entlastung des inländischen Verbrauchs dadurch, daß die Erhebung der russischen Zölle nicht solange die Sanktionen in Kraft sind. Die dadurch erzielte Gewinnschwächung ist wirtschaftlich gegenüber der Sicherung, die einem aus höchst ungenügender und Arbeitslosigkeit bedrohten Gemeinde gesehen werden muß.

Geheime Personalakten. Auf eine kleine Anfrage der demokratischen Abg. Sarrich (Hannover), Hoff, Kimpel und Herrmann (Breslau) hat der Preussische Ministerpräsident dahin geantwortet, daß der Artikel 129 der Reichsverfassung dahin auszuliegen ist, daß es von Behörden und Vorgesetzten von Beamten nicht mehr gestattet ist, geheime Aufzeichnungen und Akten mit Werturteilen über die Beamten zu führen und in diese Aufzeichnungen usw. unangenehme Urteile über die Beamten aufzunehmen, ohne daß den Beamten zuvor Gelegenheit gegeben ist, sich hierzu zu äußern. Aufzeichnungen privater Natur zu veröffentlichen, besteuere keine Möglichkeit. - Nach dieser Mitteilung wird es Sache der Beamten sein, darüber zu wachen, daß die Führung von geheimen Personalakten unterbleibt. Auch dort, wo im Wege privater Aufzeichnungen halbamtliche Notizen geschaffen werden, werden die Beamten gut tun, Einpruch zu erheben.

Der Reichsanwalt veröffentlicht das Gesetz zur Änderung des Gesetzes betreffend die vorläufige Förderung des Wohngebäudes vom 12. Februar 1921, das Gesetz betreffend die Verfügung über Gold, eine Verordnung betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, eine Verordnung zur Änderung der Verordnung über Bier und bierähnliche Getränke, eine Verordnung über den Verkehr mit Milch, eine Verordnung über die Aufhebung der Bezirksverwaltung von Speisefleisch und Käse, eine Bekanntmachung betreffend die Aufhebung der Verordnung über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände vom 8. Juli 1915 und eine Bekanntmachung betreffend die Beschlüsse über das Verfahren vor dem durch Reichsgesetz vom 21. Februar 1920 bestimmten Reichsgerichtsgericht.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform ist in Berlin zusammengetreten. Namens der preussischen Staatsregierung begrüßte die der Ministerpräsident Dr. Siegel, der auf die in der Gesellschaft und ausserhalb der Gesellschaft des deutschen Volkes und die sich daraus ergebenden Aufgaben hinwies. Als erster Redner des ersten Tages sprach der Vorsitzende Prof. Dr. Franke über die künftigen Aufgaben der Gesellschaft. Wie der Redner vor sich nach dem Niederzug freudig die Bürger zur Mitarbeit am Aufbau anzuregen habe, es liegt sehr der Natur an die Arbeiter und Angestellten. Gegenüber dem Elend, das der Krieg geschaffen, müsse an Stelle der Wohlhabenden Sozialpolitik treten, die soziale Verbesserung müsse reformiert werden. Sodann sprach Prof. Hilpert Stein, Frankfurt a. M. über die Verantwortung und die Aufgaben, die auf den geschlossenen Verbänden von Industrie, Handel und Landwirtschaft ruhen, die heute die Träger der Macht des deutschen Reiches seien.

### Auslands-Rundschau.

Ein Amerikaner in Sowjet-Russland verurteilt. Der Frau gegen den Amerikaner Riss ist zum Schicksal gekommen. Riss erbrachte keinerlei Beweise für die Behauptungen in seinen Untersuchungen, sondern bezeugte sich lediglich als ein Unannehmlichkeiten des Amtes. Das Gericht verurteilte Riss wegen Verleumdung Sowjet-Russlands zum Entzug der Freiheit für die Dauer von zwei Jahren.

Ein Zwischenfall im rumänischen Senat. Bei der Debatte über die hundertprozentige Abgabe von Wert der eingeführten deutschen Waren spielte sich im rumänischen Senat ein bemerkenswerter Zwischenfall ab. Der aus der Bukovina stammende Senator Grigoriuc brachte in seiner Kritik des Gesetzentwurfs zum Ausdruck, Rumänien sollte lieber Hand in Hand mit Deutschland gehen, als sich an den unheimlichen Sanktionen zu beteiligen. Ein anderer Senator beantwortete diese Äußerung des Redners mit dem Ruf: "Es lebe Frankreich!" Grigoriuc rief demgegenüber in den Saal: "Es lebe Deutschland!" Ein Sturm der Entrüstung begann nun von allen Bänken des Senats gegen den Redner loszubringen. Der Minister des Innern, Tafe

dieses Jahres ab. Die Anhaltischen Hoftheaterwerke haben den Vertrag nicht erneuert, sondern das Theater an die im Betrieb gegründete Gesellschaft, Halle'sches Operettentheater, verpachtet. Der Pachtvertrag mit dem hallischen Operettentheater (Gesellschaftsleiter Paul Stämpa und Will Schür) läuft vom 1. Mai 1921 bis zum 30. April 1925. Die Gesellschaft hat vom Bezirksamt die Konzession zur Ausübung des Theatereigentums erhalten. Die Anhaltischen Hoftheaterwerke werden das Theater gründlich renovieren lassen, so daß sowohl Zuschauerraum als auch die Bühne den modernen Anforderungen genügen. Nach diesen baulichen Veränderungen, die Ende August, spätestens Anfang September beendet sein werden, wird das Halle'sche Operettentheater, das zahlreiche erste Kräfte verpflichtet hat, mit seinen Aufstellungen beginnen.

Direktor Poller behauptet nun, sein Vertrag mit den Anhaltischen Hoftheaterwerken sei nichts anderes als ein Mietvertrag und wie der Hausverleiher keine Mieter nicht kündigen könne, so hätte auch die Anhaltischen Hoftheaterwerke nicht das Recht, ihm das Theater zu nehmen. Das Bundesgericht aber, vor dem bereits ein Termin stattgefunden, steht auf dem Standpunkt, daß es sich um keinen Mietvertrag, sondern um einen Pachtvertrag handelt und hat daher verfügt, daß Herr Poller das Theater zu räumen habe.

### Gründung eines Verbandes der praktischen Psychologen.

Bei Gelegenheit des 7. Kongresses der Gesellschaft für experimentelle Psychologie wurde ein Verband der praktischen Psychologen gegründet. Den Vorstand bilden Universitätsprofessor Dr. Max E. W. (Würzburg), Dozent Dr. Moede (Charlottenburg), Dr. Lippmann (Berlin).

Christine Eleonora Duse in Prag. Eleonora Duse wird mit einem eigenen Ensemble, dem Jacconi und der Sohn Eleonora Duse angehören, Anfang September in Prag, Bregenz und Regensburg aufgeführt. Es ist u. a. eine Aufführung von "Hänsel und Gretel" vorgesehen, in welchem Stück die Duse die Rolle der Frau Hänsel spielen wird. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Duse, die man jetzt Jahren in Deutschland nicht mehr hat begrüßen dürfen, ihre Tournee auch nach Berlin und anderen Städten des Reichs ausdehnen wird.